



**AUSGABE 03/2011
DEZEMBER 2011**

Inhalt dieser Ausgabe Seite

Rösler: 2011 Jahr der Pflege - Versprechen	1
Wie die Linke Krisen angeht - Finanzpolitik per Holzhammer	2
Telegramm aus Berlin: Für Yasuni in Ecuador	3
Alzheimer-Patienten integrieren	4

Herausgeber

Lothar Binding, MdB

Redaktion

Susanne Reinig
Dietmar Erdmeier
Norbert Theobald
Marco Winteroll

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 2 27-7 31 44
Fax: 030 / 2 27-7 64 35
lothar.binding@bundestag.de

Heidelberg/Weinheim

Bergheimer Straße 88
69115 Heidelberg
Tel.: 0 62 21 / 18 29 28
Fax: 0 62 21 / 61 60 40



NEUES . aus Berlin

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

in dieser Ausgabe meines Newsletters gibt es wieder viel Informelles, Hintergründiges, Wissenswertes rund um meinen Wahlkreis und das politische Berlin. Auf Seite 2 gebe ich Ihnen und Euch einen Einblick in unsere Debatte zur aktuellen Finanzkrise.

Ich wünsche Ihnen und Euch eine frohe Weihnachtszeit,

Lothar Binding



Quelle: TheobaldMedia.

Rösler: 2011 Jahr der Pflege Versprechen gebrochen

Offensichtlich hat der liberale Gesundheitsminister Daniel Bahr Themen gesucht und gefunden, um von dem Hickhack bei der Pflegereform abzulenken. Er versucht dies mit der Gesundheitskarte und dem Transplantationsgesetz. Und ganz nebenbei wurde ein Pflege-Reförmchen beschlossen: Am 1. Januar 2012 wird der Beitragssatz von 1,95, bzw. für Kinderlose von 2,2, Prozent, um jeweils 0,1 Prozentpunkte angehoben. Minister Bahr rechnet mit 1,1 Milliarden Euro Mehreinnahmen in der Pflegekasse.

Von einem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff ist im neuen Gesetz nicht mehr die Rede. Diesen soll nach Bahrs Worten der Pflegebeirat noch in dieser Legislaturperiode erarbeiten. War die bessere Berücksichtigung von Demenzkranken nicht das Kernanliegen

der Pflegereform?

Dazu kommt, dass ab dem 1. Januar 2013 zugleich eine unsoziale freiwillige private Vorsorge für den Pflegefall zusätzlich zum heutigen System der kapitalgedeckten Altersvorsorge aufgebaut werden kann. Menschen mit niedrigem Einkommen oder mit Arbeitslosengeld II können sich eine private Zusatzversicherung nicht leisten - das wird billigend in Kauf genommen. Vom staatlichen Zuschuss für die private Absicherung sollen nur wieder einmal mehr die „Besserverdiener“ profitieren. Diesen Minimalkonsens will Minister Bahr jetzt den Menschen als Pflegereform verkaufen. Sein Vorgänger Philipp Rösler hatte noch großspurig verkündet, 2011 zum „Jahr der Pflege“ zu machen. Den Termin für die Vorstellung von Eckpunkten hatte Bahr



mehrfach verschoben. Bahr hatte die Befassung der Eckpunkte im Kabinett zurückgezogen, weil sich die Koalition nicht einigen konnte. Zunächst einmal soll wieder eine Kommission tagen, noch eine. Beim Thema Pflege liegen zwischen den Regierungsparteien CDU/CSU und FDP die Vorstellungen weit auseinander. Das Wichtigste scheint zu sein, es redet niemand mehr über das Thema.

Fachleute kritisieren

Fachleute warnen uns in Briefen vor weiteren Verzögerungen bei der Neudefinition des Pflegebegriffs, nach dem Motto, das Thema Pflege darf „nicht im Koalitionsgerangel zerrieben werden“. Auch nach der Bahr-Reform wird ein erheblicher Teil der Lebenswirk-

lichkeit älterer Menschen, eine psychisch-kognitive Beeinträchtigung (Demenz) im Leistungsspektrum der Pflegeversicherung nicht berücksichtigt. Eine Reform, die sich an der Situation der Menschen orientiert, ist dringend notwendig.

Pflege solidarisch finanzieren

Die Verbesserung der Situation pflegebedürftiger Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Klar ist auch, dass die Erweiterung des Pflegebegriffs mit Mehrkosten verbunden sein wird. Die soziale Pflegeversicherung genießt eine erfreulich hohe gesellschaftliche Akzeptanz. Deshalb lehnen wir eine kapitalgedeckte private Pflegezusatzversicherung ab. Wir wollen das Bürgerversicherungsmodell auf die soziale Pflegeversicherung auswei-

ten. Mit der Bürgerversicherung erweitern wir die Bemessungsgrundlage, zudem wollen wir einen Risikostrukturausgleich zwischen privater und gesetzlicher Pflegeversicherung einführen.

Fachkonferenz der SPD

Am 29. September haben wir zur Fraktionsfachkonferenz zur Reform der Pflegeversicherung eingeladen und unsere Vorstellungen mit Experten diskutiert. Die Ausweitung des Pflegebegriffs und auch die solidarische Ausweitung der Finanzierung stieß bei den geladenen Experten auf große Unterstützung. Mehr Informationen unter: www.spdfraktion.de

Wie die Linke Krisen angeht

Finanzpolitik per Holzhammer

In der vergangenen Woche haben wir einen Antrag der Linken mit dem Titel „Auswege aus der Krise: Steuerpolitische Gerechtigkeit und Handlungsfähigkeit des Staates wiederherstellen“ (17/2944) im Bundestag debattiert – wenn Parteiideologie über die Realität stolpert... kommen sich die Linke und die FDP verdächtig nahe.

Über den Antrag hatte ich mich geärgert. Er klingt so „gerecht“ und „sozial“, jeder Fachmann, jede Fachfrau erkennt aber schnell, dass es sich um eine „Luftnummer“ handelt. Manchmal erschreckt das einfache Weltbild, das aus einem Antrag spricht. Mit der Linken hat Albert Einstein wahrscheinlich nicht gerechnet, als er empfahl: sich „die Dinge so einfach wie möglich zu machen - aber nicht einfacher.“ Die Linke diagnostiziert: „Viele Leute zahlen keine Steuern, und darin liegt das Problem.“ – Darin liegt sicherlich ein Problem. Viel gewonnen ist mit dieser Erkenntnis allerdings nicht.



Der Holzhammer bewährt sich nicht in der komplexen Finanzpolitik.

Es zahlen viele Reiche keine Steuern, weil sie ihr Einkommen „weggestalten“, und es zahlen viele Arme keine Steuern, weil ihr Einkommen zu gering ist. Das stimmt. Die Antwort, die die Linke darauf gibt, lautet: Steuern anheben. Eine so einfache, reflexhafte Antwort gibt es in diesem komplexen Zusammenhang nicht.

Wir müssen uns damit vertraut machen, dass es eine Lösung für alle Probleme dieser Welt nicht gibt. Wir müssen differenzierter vorgehen und genauer hinhören. Der Antrag hat schließlich eine mächtige Überschrift, in der von

„Krise“ die Rede ist. Aber: Wir haben mehrere Krisen: eine Insolvenzkrise in den USA, mit großen Folgen für Europa. Wir haben eine Liquiditätskrise der Banken in Europa. Wir haben ein Marktversagen auf der ganzen Welt; denn der Markt ist voller toxischer (giftiger) Produkte. Wir haben eine Staatsverschuldungskrise. Und welchen Vorschlag macht die Linke? Ihr „Ausweg aus der Krise“ lautet: Steuern rauf. Als ob die Welt so einfach wäre!

Der Antrag enthält keinerlei konstruktiven Vorschläge, wie steuernd in das Wirtschaftsgesche-



Telegramm aus Berlin

Lothar Binding in Ecuador

Der Yasuni-Nationalparks in Ecuador ist ein Weltbiosphärenreservat mit einer einzigartigen Artenvielfalt. Und darunter liegt ein Ölfeld. Wird das Öl gefördert, ist dieser Teil des Amazonas-Urwalds unwiederbringlich zerstört. Ist der Urwald zerstört, geben wir Geld dafür ihn aufzuforsten. Geld zu geben zur Verhinderung der Ölförderung um den Wald in seiner heutigen Form zu bewahren und damit die anschließende Aufforstung zu sparen – ein solcher Gedanke überfordert Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP). Wohl wissend, dass sich der ursprüngliche Zustand nicht wieder herstellen lässt. Der Bundestag hat sich interfraktionell für eine Förderung der Yasuni



Initiative ausgesprochen, doch die eilfertige öffentliche Kraftmeierei von Dirk Niebel macht eine Zusammenarbeit schwierig. Bei einer fünftägigen Delegationsreise wurden wir durch Gespräche mit verschiedenen Vertretern von Regierung und Verbänden in Ecuador für dieses Vorhaben sensibilisiert. Ecuador begrüßt den Unterstützungswillen Deutschlands und erhofft sich endlich feste Zusagen...
Ihr

Lothar Binding

Fortsetzung von Seite 2

hen und den Finanzmarkt eingegriffen werden kann. Gute Instrumente, die schon funktioniert haben – ich denke etwa an die Konjunkturpakete und das Kurzarbeitergeld – werden gar nicht erst erwogen. Den Linken fällt offensichtlich nichts zu einer sinnvollen Steuerpolitik, zu einer klugen Verwendung der Steuereinnahmen ein, nichts zur Haushaltskonsolidierung, nichts zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung und nichts zur Verschuldung an sich. Auch zu den Sozialabgaben gibt es keine neuen Ideen – das wäre für die Empfänger kleiner Einkommen aber viel wichtiger. Steuern wirken progressiv. Das ist gerecht. Die Progression stört diejenigen mit geringem Einkommen relativ wenig, weil sie auch nur relativ wenige oder keine Steuern bezahlen. Die Leute, die wenig haben, werden aber regressiv von Sozialabgaben betroffen. Der Beitragssatz ist zwar – bis zur Pflichtversicherungsgrenze – gleich, damit werden aber die niedrigen Einkommen relativ viel stärker belastet. Das ist ungerecht. Darüber wird aber nichts gesagt.

Über die regulatorischen Schlussfolgerungen aus der Finanzkrise – bezogen auf das Eigenkapital und die Liquidität, Schattenbanken, Einlagensicherung, Kreditvergabe – wird ebenfalls nichts gesagt. Stattdessen erfindet die Linke neue ungenaue, unbrauchbare Rechtsbegriffe. „Arbeitsintensive Handwerksdienstleistungen“ sollen mit einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz belegt werden. Wir wissen, spätestens seit der Hotelsteuerermäßigung, dass ein niedrigerer MWSt Satz die Gewinne steigert, aber nicht die Preise senkt. Offen bleibt: Gibt es dann auch nicht arbeitsintensive Handwerksdienstleistungen? Ich bin Handwerker und würde mich un-

heimlich ärgern, wenn Sie das, was ich gemacht habe, als nicht arbeitsintensiv einstufen würden. Denn ich strenge mich eigentlich immer an und gestalte meine Arbeit damit schließlich arbeitsintensiv.

Die Unternehmensbesteuerung will die Linke an der „marktnahen Ermittlung der Unternehmens- und Vermögenswerte“ ausrichten. Wie soll das passieren, wenn Unternehmen Töchter im Ausland haben, zum Beispiel in der EU, in Afrika oder Asien? Wie werden diese Werte bei immateriellen Wirtschaftsgütern überhaupt ermittelt? Wie soll unsere Steuerverwaltung diesen immensen Aufwand personell darstellen?

Das Steuer-Modell der Linken ist statisch und recht simpel: Steuersatz mal Bemessungsgrundlage gleich Steuereinnahme. „Leider“ bewegt sich aber die Welt: Menschen verhalten sich, Unternehmen gestalten sich und haben das Bestreben, ihre Steuern noch stärker als schon jetzt zu senken. In einem Umfeld, das auf Kapitalverkehrsfreiheit beruht und permanent nach Gestaltungsmöglichkeiten sucht, passt sich die Realität nicht immer dem Modell der „Linken“ an.

Die Linke gaukelt vor, die Welt sei mit einer Steueranhebung auf breiter Front – Arbeitseinkommen, Kapitaleinkommen, unternehmerische Gewinne, Umsätze auf Waren und Dienstleistungen – aufzuräumen: Mehr Geld in staatliche Hand, und schon hat man ein schönes System, und alle Probleme sind gelöst. Das ist ein ebenso bekanntes wie unbrauchbares Denkmuster – allerdings kein Alleinstellungsmerkmal der Linken. Die FDP nähert sich den Krisenlösungsszenarien nämlich von der anderen Seite. Sie hat zwar nicht die Idee, die Steuern anzuheben – aber vor, während und nach der Krise hatten die Neoliberalen die Idee, die Steuern zu senken. Egal, was ist, Hauptsache die Steuern



Fortsetzung von Seite 3

Idee, die Steuern zu senken. Egal, was ist, Hauptsache die Steuern werden gesenkt, und dann ist alles wieder in Ordnung, wobei die Zahlen immer ein bisschen verwirrend gewesen sind. Die FDP wollte ja vor der Wahl einen Spitzensteuersatz von 35 Prozent und eine Steuerentlastung der Bürger in Höhe von 35 Milliarden Euro, später war von 25 Milliarden Euro, noch etwas später von 15 Milliarden Euro die Rede, und jetzt ist Sie bei 6 Milliarden Euro—als ob Deutschland keine anderen Probleme hätte.

Ein Großteil dieser Entlastung beruht auf der vorgezogenen Anpassung des Grundfreibetrages infolge der Ableitung aus dem Existenzminimum ist, die regelmäßig erfolgt. Die angekündigte Steuersenkung der Bundesregierung ist also nüchtern betrachtet ein Blendwerk – allerdings mit enormen Folgekosten. Denn die Steuersenkung in einer der schwersten wirtschaftlichen Krisen der Europäischen Union kommt zur Unzeit und führt zu einer Zinsbelastung von 180 Millionen Euro pro Jahr – und die Banken verdienen an den Zins-einnahmen aus Staatsschuldtiteln. Und wer bezahlt diese Zinsen? Genau diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die Schwarz-Gelb zu entlasten vorgibt. CDU, CSU und FDP versprechen in der derzeitigen Krise Maßnahmen, die nicht für wirkliche Entlastung sorgen, aber die Handlungsfähigkeit des Staates weiter untergraben. Ihre Idee, sowohl Steuersenkung als auch Zinsbelastung über Kredite im Staatshaushalt zu finanzieren, ist ein Konzept zur Ruinierung unserer Staatsfinanzen.

Linke und FDP gleichen sich in ihrem Drang, aus einer Antwort alle Lösungen abzuleiten mit wechselnder Klientel.

Mehr zu den internationalen Finanzmärkten finden Sie unter:
www.lotharbinding.de/uploads/media/Broschuere_Finanzkrise.pdf.

Ich würde mich über einen Besuch auf meiner Homepage freuen.

Dieser Newsletter-Beitrag beruht auf meiner Rede im Plenum am 11. November 2011, die Sie unter folgendem Link finden:
<http://dbtg.tv/vid/17/140/3/4>.



© Deutscher Bundestag / phototek/Koehler

Alzheimer-Patienten integrieren

PHV – US Siedlung in der Nähe von Heidelberg. Guter Standort?

Auch in Deutschland ist Alzheimer ein immer größer werdendes Problem: Bis 2050 wird sich die Zahl der Patienten mehr als verdoppeln. In diesem Zusammenhang steht nun ein konkreter Vorschlag für die zukünftige Nutzung der Patrick-Henry-Village (PHV). In der verlassenen US-Siedlung zwischen Eppelheim und Heidelberg könnte, nach einigen baulichen Anpassungen, eine Pflegeeinrichtung für Alzheimerkranke entstehen. Mit Blick auf die frei werdenden Flächen durch den Abzug der Ameri-

kaner hätten wir den Platz und mit dem PHV eine besonders geeignete und zentral in unserer Region – insbesondere für die Angehörigen leicht erreichbar – gelegene Wohnanlage, die sich zu einem solchen Dorf entwickeln ließe.

Holländisches Alzheimerdorf „Hogewey“

Die Niederländer leisten in Sachen Alzheimer europäische Pionierarbeit. Inzwischen gibt es zum Beispiel über das ganze Land verteilt in mehr als 170 Gemeinden „Alzheimercafés“. Zahlreiche andere Länder haben dieses Beispiel in Europa kopiert. Große anonyme Pflegeheime gehören der Vergangenheit an, wir müssen uns weiterentwickeln. Im holländischen Beispiel wird das ursprüngliche Alltagsleben der Bewohner beibehalten, um ihnen somit Halt und Struktur zu geben. In Hogewey können die Patienten sogar aus sieben verschiedenen Lebensstilen wählen. Damit bestimmen sie ihren Tagesablauf, die Verpflegung, die Möbel, sogar die Musik, die gehört wird.

Von außen betrachtet ist das Dorf natürlich eine Illusion. Eine Bewohnerin geht einkaufen, hat den Einkaufszettel vergessen, die „Verkäuferin“, eigentlich Pflegerin geht mit durch den Laden bis der Einkaufskorb gefüllt ist. Es genügt das Bezahlen zu vergessen. Die meisten Waren werden später zurück sortiert. Der Laden dient aber als Lager für alles was im Dorf benötigt wird.

Die Würde zu wahren und diese Welt zu transformieren in die Welt eines Pflegeheims, mit den üblichen Aufgaben und Möglichkeiten des erinnerten Lebens, soll das Alzheimerdorf ermöglichen – und das in Heidelberg.